

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

**Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats in Bremen. 1.  
Sitzung 14. Nov. 1918-21. Sitzung 21. Januar 1919  
(sowie) Vollsitzung am 1. Februar 1919 und 3. Feb. 1919**

(9.12.1918) 9. Sitzung

müßte endlich Klarheit darüber gewinnen, wie die Anschauungen der Mehrheit der bremischen Arbeiterschaft nun eigentlich wären. Wenn gesagt würde, daß die Mehrheitssozialisten nur Offiziere darstellten, die keine Soldaten hinter sich hätten, dann brauchte man dieses Proportionswahlrecht ja nicht zu scheuen. Im allgemeinen würden sie auch wohl in der Minderheit sein. Daher sollte man allgemeine Wahlen ausschreiben und im Verhältnis der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen deren Vertreterzahl für den A.-Rat festsetzen.

Vorsitzer Herr Henke: Der Entwurf und die dazu gemachten Vorschläge usw. bedürften noch einer reiflichen Ueberlegung und Prüfung. Deshalb aber könnte er auch eine prinzipielle Abstimmung über die Frage, Betriebswahlrecht oder allgemeines Wahlrecht, nicht gutheißen, die bindend sein würde. Die prinzipielle Entscheidung wäre die wichtigste. Der Antrag Reine wäre jedenfalls reiflich überlegt gewesen, und da müßte auch die Gegenseite, die dazu noch keine Gelegenheit gehabt hätte, Zeit zur genauen Prüfung und Durchberatung dieser Frage haben. Man sollte auch nicht vergessen, daß tatsächlich die große Masse der nicht organisierten Arbeiter eine bedeutungsvolle Rolle spielen könnten, auch wenn sie so unreif handelte, wie hier zum Teil angenommen

würde. Jede Bewegung hätte ihre verschiedenen Richtungen, und es wäre schwer, abzuschätzen, welches der wertvollste Teil einer Bewegung wäre. Der radikalere Teil wäre gewöhnlich derjenige Teil, der dafür sorgte, daß die Bewegung nicht einschlief. Das müßte so sein, und wie der überlegende und besonnere Teil, so hätte auch dieser Teil seine Berechtigung. Ob man also ein Wahlreglement schaffen sollte, das alle Arbeiter oder nur die politisch oder gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zur Wahlurne zuließe, wäre eine Frage von großer Wichtigkeit und Bedeutung, über die man eine prinzipielle Entscheidung besser nicht sofort vornähme. In Rußland würden die Sowjets auch von den Delegierten der Betriebe geschickt und dadurch das revolutionäre Fühlen und Denken der in den Großbetrieben unter der Knechtschaft des Kapitalismus zusammengepferchten Arbeitermassen am besten nutzbar gemacht. Das wäre ein wesentliches Moment zugunsten der Betriebswahlen. Weiter trat Redner für die Festsetzung eines Alters von 18 Jahren sowohl für das passive als auch für das aktive Wahlrecht ein.

Mitglied des A.-Rates Bell beantragte um 8<sup>1/2</sup> Uhr Vertagung, die mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Die Anberaumung der nächsten Sitzung wurde dem Aktionsauschuß überlassen.

## 9. Sitzung Montag, den 9. Dezember 1918.

Die Sitzung wurde an Stelle des abwesenden Herrn Henke von dem Mitglied des Aktionsauschusses Herrn Brodmerkel geleitet. Bevor in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung:

### Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft

eingetreten wurde, gab der Vorsitzende des Soldatenrats, Herr Eck, namens des Soldatenrats eine Erklärung ab, in der er beantragte, diesen Punkt solange von der Tagesordnung abzusetzen, bis die Neuwahl des Arbeiterrats stattgefunden hätte. Wenn man damit nicht einverstanden wäre, würden die Soldaten sich der Abstimmung enthalten.

Ueber die Vorverhandlungen zu dieser Frage berichtete dann das Mitglied des Aktionsauschusses Ertinger. Er führte aus, daß man endlich Klarheit schaffen müßte. Der Zustand, wie er jetzt bestünde, wäre ein Zwitterding. In seiner ganzen Arbeit hätte der Aktionsauschuß bis jetzt verwaltungstechnische und politische Hemmschuhe gehabt, die jetzt beseitigt werden müßten. Der Senat wäre in der letzten Sitzung des Zwölferaus-

schusses damit hervorgetreten, daß wichtige Gesetzesvorlagen da wären, die unbedingt vor Abschluß dieses Jahres verabschiedet werden müßten. So kämen ein Gesetz über die Steuerverjährung in Frage, ein Gesetz über eine einmalige Vermögensabgabe, besonders aber dann die Fragen der Beschaffung von neuen Geldmitteln für die Erwerbslosenunterstützung usw. Die ganzen Budgets reichten nicht mehr aus und es müßten Nachbewilligungen erfolgen. Der Senat hätte seinerzeit den Vorschlag gemacht, Senat und Bürgerschaft als gesetzgebende Körperschaft wieder einzusetzen unter dem Vetorecht des A.- und S.-Rates. Es würde sich danach darum handeln, daß die Bürgerschaft nur als gesetzgebender Faktor in Frage käme und nur über Finanzfragen zu bestimmen haben sollte. Der Zwölferauschuß sollte darüber entscheiden, was vor das Plenum der Bürgerschaft gebracht werden sollte. Die A.- und S.-Räte hätten sich bisher auf den alten bürgerlichen Rechtsboden gestellt und wären daher nur eine Karikatur der russischen A.- und S.-Räte. Auf die Halbheit paßte der Senatsvorschlag recht gut. Unter solch einer Halbheit ließe sich aber

schwer arbeiten. Es müßte jetzt heißen: Senat und Bürgerschaft oder Arbeiter- und Soldatenrat?

Diesen Ausführungen des Herrn Ertinger, die in der Debatte verschiedentlich als unbestimmt bezeichnet wurden, trat zuerst von den Mehrheitssozialisten Herr Rhein entgegen. Die Mehrheitssozialisten hätten dieses Kriterium schon damals kommen sehen und seinerzeit von einer Absetzung des Senats und der Bürgerschaft abgeraten. Er betonte die Schwierigkeit, den Verordnungen und Verfügungen des A.- und S.-Rates Gesetzeskraft zu verleihen, und wies vor allen Dingen auf die Unmöglichkeit hin, Anleihen des A.- und S.-Rates unterzubringen. Der Vorschlag des Senats bewiese, daß es Senat und Bürgerschaft, die nur gesetzgeberische und finanzielle Fragen erledigen sollten, nicht darauf ankäme, wieder die politische Macht zu erlangen, sondern daß ihnen lediglich daran läge, die Staatsmaschine im Gange zu erhalten.

Diese Ausführungen des Herrn Rhein wurden unterstützt durch die Herren Dammer, Sommer, Deeters und Peine, von denen der erstere ausführte, daß die Vernunft siegen würde, ganz gleich, wie der A.- und S.-Rat beschließen wollte. Schon jetzt wären 3000 Arbeitslose in Bremen und in den nächsten Tagen würden es bedeutend mehr sein. Um die Arbeitslosen unterzubringen, wären bereits 2 1/2 Millionen Mark aufgenommen und es müßten noch bedeutend mehr Gelder für diesen Zweck aufgenommen werden müssen. Kein Kapitalist der Welt aber würde auf eine Anleihe des A.- und S.-Rates Geld hergeben. Wenn man bedenke, daß die Reichsmark im Ausland jetzt 42 S. gelte, und wenn man in Betracht zöge, welche Schwierigkeiten die Reichsregierung hätte, um überhaupt noch im Ausland Kredit zu bekommen, wenn man weiter bedenke, daß Großhandel und Großkapital ihren Kredit im Ausland unbedingt aufrecht erhalten müßten, dann müßte man sich sagen, daß die A.- und S.-Räte in den finanziellen Fragen durchaus keine gesicherte Machtstellung einnehmen. Es ginge also gar nicht anders, wie es vorgeschlagen wäre.

Herr Peine unterstrich diese Tatsachen ebenfalls und wies in Zurückweisung von Angriffen auf die Mehrheitssozialisten darauf hin, daß eigentlich auch Herr Henke für diese Vorlage hätte eintreten müssen, der sie im Aktionsauschuß befürwortet hätte. Die Mehrheitssozialisten hätten diese Frage gar nicht aufs Tapet gebracht.

Gegen die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft sprach sich Herr Klawitter aus. Was da vorgeschlagen wäre, das bedeutete nichts anders, als daß man einen Rückzug machen sollte. Das Vetorecht wäre Mumpitz. Die gesetzgeberische Gewalt wäre jetzt einfach auf den A.- und S.-Rat übergegangen, und dieser würde schon die Kraft haben, seine Beschlüsse in die Wirklichkeit um-

zusetzen. Wenn die Deputationen, die ja weiter funktionieren, wichtige Vorlagen hätten, dann möchten sie hierher kommen und sie dem A.- und S.-Rat vorlegen. Der A.- und S.-Rat wäre in die vollen Rechte der Bürgerschaft eingetreten, und dabei müßte es bleiben. Man wolle abwarten, was daraus werde, und sehen, ob dem A.- und S.-Rat nicht die Mittel genau so zur Verfügung ständen, als wenn die Bürgerschaft hier säße. Was die Beschaffung der Gelder anlange, so würde man auch die zu beschaffen wissen. Man wüßte, wo die Banken ständen und die Kapitalisten säßen, und würde einfach hingehen und es holen.

Herr Ertinger vom Aktionsauschuß betonte in der Debatte dann noch einmal, daß, wenn man die Karikatur der A.- und S.-Räte, wie er sie geschildert hätte, beibehalten und auf dem alten Rechtsboden weiter arbeiten wollte, die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft notwendig wäre. Wollte man das nicht, dann bedeutete das einen Schritt, über den man sich klar sein müßte. Es wäre leicht, den A.- und S.-Rat zu behalten und als Kontrollinstanz auf dem alten Rechtsboden weiter arbeiten zu lassen. Es gäbe ja auch eine proletarische Vernunft. Der Weg wäre schwer, aber es könnte nur heißen: Senat und Bürgerschaft oder Arbeiter- und Soldatenrat, das heißt Diktatur des Proletariats.

Für diese Diktatur des Proletariats und demnach gegen die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft traten noch die Mitglieder des A.-Rates Manthey, Breitmeier, Starker, der heftige Angriffe gegen die Mehrheitssozialisten vorbrachte und sie des Verrats an der Revolution bezichtigte, Brodmerkel und Heibel ein. Herr Breitmeier bestätigte ebenfalls, daß Herr Henke im Aktionsauschuß betont hätte, daß die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft aus finanziellen Gründen notwendig wäre.

Der Vorsitzende des Soldatenrats Herr Eck wandte sich in einer persönlichen Erklärung ebenfalls gegen den Antrag auf Wiedereinsetzung. Wenn er gewußt hätte, daß die Revolution gemacht worden wäre, um 8 oder 14 Tage später mit der Reaktion einen Geburtstag der neuen Reaktion zu feiern, dann hätte er es abgelehnt, die Revolution überhaupt zu machen. Mit demselben Recht, wie einige sagten, Senat und Bürgerschaft müßten wieder eingesetzt werden, um die Revolution finanziell zu sanktionieren, mit demselben Recht könnten alle bürgerlichen Parteien kommen und sagen, wir müssen unseren Wilhelm wieder haben, um das Deutsche Reich existenzfähig zu machen. Und wenn jetzt Leute kämen, die nicht mehr ein und aus wüßten, dann wären die unfähig, als Leiter der Revolution zu gelten. Das wären Schafsköpfe, und Schafsköpfe könnte man nicht gebrauchen. Die sollten weggehen und anderen Platz machen. In Hamburg hätte man acht oder vierzehn Tage nach der

Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft versucht, den A.- und S.-Rat abzuputtschen und ins Gefängnis zu werfen. Auch hier würde man sein blaues Wunder erleben. Die Soldaten würden sich auch nicht scheuen, da hineinzugehen, wo sie das Geld wüßten, und es zu holen, wenn sie es brauchten.

Nach zweieinhalbstündiger, teilweise erregter Debatte kam es dann zur Abstimmung, die namentlich vorgenommen wurde; inzwischen hatten sich die Soldatenratsmitglieder zu kurzer Beratung über die die Frage, ob sie sich doch an der Abstimmung beteiligen sollten, zurückgezogen. Das Ergebnis war, daß die Soldatenratsmitglieder geschlossen gegen den Antrag stimmten, der so mit 173 gegen 34 Stimmen abgelehnt wurde.

Ein Antrag Deeters, den Aktionsauschuß zu beauftragen, sofortige Neuwahlen für die Bürgerschaft unter

Zugrundelegung des gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts auszusprechen, wurde nach kurzer Debatte mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers abgelehnt.

Als Herr Deeters bei Einbringung seines Antrages einmal von dem großen deutschen Vaterlande sprach, erhob sich großer Lärm, worauf Herr Deeters rief: Ein Lump, wer kein Vaterland hat! Gleich danach wurde dem Vorsitzenden mitgeteilt, daß für die Arbeiterratsmitglieder und deren Frauen Karten zu dem morgigen Empfang der 213er auf dem Marktplatz zur Verfügung ständen. Im Anschluß an diese Mitteilung sah sich der Vorsitzende des Soldatenrats Herr Eck zu folgender geschäftsordnungsmäßigen Erklärung veranlaßt: Der Vorredner hat gesagt: Wer kein Vaterland hat, ist ein Lump. Ich glaube, es sind auch morgen zu dieser Feier Lumpen eingeladen worden.